

nobby morkes

PRESSEINFO

FLYER / HOMEPAGE „JA FÜR EINEN NEUSTART FÜR GÜTERSLOH“

Behauptungen und Vorwürfe entsprechen nicht der Wahrheit!

Die **Behauptungen und Vorwürfe** auf der Homepage in dem 6seitigen Flyer, der über die Post an Gütersloher Haushalte sowie von Mitgliedern der Partei Bündnis 90/Grüne an ihren Europawahlständen verteilt werden **entsprechen nicht der Wahrheit**.

U. a. wird behauptet, dass gegen mich ein laufendes strafrechtliches Verfahren seitens der Staatsanwaltschaft anhängig ist. Dieses **Verfahren wurde nach Paragraph 153a Abs. 1 Strafprozessordnung gegen eine Geldauflage eingestellt**. In Bezug auf die private Nutzung des Dienstfahrzeuges konnte ein hinreichender Tatverdacht nur in wenigen Einzelfällen begründet werden. Die Ermittlungen im Rahmen des **Disziplinarverfahrens** durch die Kommunalaufsicht des Kreises wurden erst ein Jahr später, ab der 15. Kalenderwoche (April 2024) aufgenommen. **Ein Ergebnis liegt bis heute nicht vor**. Die bisher getroffenen Entscheidungen (Eröffnung eines Disziplinarverfahrens, Ratsbeschluss zur Abwahl sowie die vorläufige Amtsenthebung wurden folglich ohne jegliche Beweise, sondern nur aufgrund von Behauptungen der städtischen Beigeordneten beschlossen.

Auf **Vermittlungsangebote** bin ich rechtzeitig eingegangen. Zwischen dem 1. Beigeordneten Herrn Matthes und mir wurden bedauerlicherweise erfolglos Vorschläge zur Einschaltung eines Mediators geführt. Ich bat den Leiter des Rechtsamtes um Nennung einiger Personen, die allen Beteiligten zugeleitet wurde. Herr Matthes fühlte sich nicht mehr zuständig, sodass ein Mediationsverfahren nicht zustande kam. Auch die Vorwürfe betreffs angeblich sexistischem und übergriffigem Verhalten sind zurückweisen und entsprechen ebenfalls nicht der Wahrheit. Im Schreiben der Beigeordneten vom 26. April 2023 wurden – wie inzwischen allgemein bekannt – keine sexuellen Anspielungen und frauenfeindlichen Sprüche aufgeführt, sondern nur ein globaler Vorwurf erhoben, ohne Einzelheiten benannt zu haben.

Ich habe zu keiner Zeit Handlungen vorgenommen, die unserer Stadt geschadet haben.

In Bezug auf das vor meiner Amtszeit abgelehnte Projekt **Postareal/Bahnhofsvorplatz** führte ich Projektentwickler und Investor zusammen. Mitgliedern des Verwaltungsvorstandes wurden die Pläne vorgestellt und auch die Politik war intensiv in das Thema involviert. Aufgrund unterschiedlicher Ansichten wurden die Planungen für **Marten-Areal** vom Investor auf Eis gelegt. Mir ist es gelungen ist, zusammen mit dem Investor einen Kompromiss zu finden, sodass er die Möglichkeit sah, die Planungen wiederaufzunehmen bzw. fortzusetzen. Bevor der Verwaltungsvorstand informiert wurde, fand eine Abstimmung mit der damals zuständigen Beigeordneten, Frau Herrling, statt.

Zu einem Unternehmensberater, der angeblich die Marriott-Hotelgruppe vertreten haben soll, um neben den Kulturräumen ein **Hotelprojekt** zu planen gab es keine Kontakte. Den einzigen Kontakt in dieser Zeit gab es zu einem ostwestfälischen Hotelunternehmen. Anfragen andere Art sind nicht bekannt. Herr Kimpel als auch die Politik wurden über sämtliche Gespräche auf dem Laufenden gehalten

nobby morkes

Die Gespräche zur Beteiligung am **Gewerbegebiet Rietberg-Langenberg** wurden in Absprache mit der damals zuständigen Beigeordneten Frau Herrling und dem für Wirtschaftsförderung zuständigen Herrn Pförtner geführt. **Beide Bürgermeister entschuldigten sich im Nachhinein für ihre Darstellung.**

Die **Regierungspräsidentin** teilte mit, dass auf dem Gelände des Mansergh Quartiers eine **Landeseinrichtung für Flüchtlingen** errichtet werden soll. Aufgrund der Planungen für das Wohnquartier und die Ansiedlung der Hochschule ist es mir gelungen, dass das Flugplatzgelände in Augenschein genommen wurde. Der Verwaltungsvorstand war über die Telefonate sowie auch das Gespräch mit der zuständigen Landesministerin. Frau Paul, informiert.

Durch meine Gespräche und Vermittlungen sind u. a. Themen angestoßen worden, die für unsere Stadt von großer Bedeutung sind. Zu keinem Zeitpunkt entstanden dadurch Kosten bzw. finanzielle Nachteile für die Stadt.

Gegen die Verfasser und redaktionell verantwortlichen Personen u. a. dem Vorstandsmitglied von Bündnis 90/Die Grünen Ortsverband Gütersloh, Herrn Andreas Brems, werde ich wegen übler Nachrede und Verleumdung lt. § 188 Strafgesetzbuch Anzeige erstatten

Norbert Morkes

Gütersloh, 31. Mai 2024